

Dr. Simone Lünenbürger

Senior Counsel

Werdegang

Geboren 1969 in Landau/Pfalz. Studium der Rechtswissenschaften in Mannheim. 1994 erstes, 1999 zweites juristisches Staatsexamen. Referendarstationen in Kiel, Speyer und Bonn, u. a. im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

1994 bis 1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrecht-Universität, Kiel. 1998 Promotion bei Prof. Dr. von Mutius, Kiel.

1999 Eintritt in die Anwaltskanzlei in Bonn, seit 2010 Anwältin im Brüsseler Büro.

Tätigkeiten

Regulierungsrecht und sektorspezifisches Kartellrecht, Verfassungsrecht, Beihilfenrecht, Europarecht.

Empfohlen von Legal 500 im Beihilfenrecht.

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, im Deutschen Anwaltverein.

Umweltbundesamt im Auftrag des BMUB: Federführung des interdisziplinären juristisch-ökonomischen Forschungsprojekts „EU-Beihilfepolitik – Analyse der Auswirkungen des neuen Beihilferechts unter besonderer Berücksichtigung des Instruments der ex-post Evaluierung“; Regelmäßige gutachterliche und politikberatende Tätigkeit, derzeit z. B. mit Blick auf den Forstsektor; Umfassende beihilferechtliche Beratung von Unternehmen und Verbänden zu Finanzierungsmaßnahmen sowie Vertretung gegenüber den zuständigen Bundesministerien bzgl. der Gestaltung von Förderregelungen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI).



Dr. Simone Lünenbürger
Brüssel
T +32 2 74003-23
F +32 2 74003-29
luenenbuenger@redeker.de
Sekretariat:
Laura Holdsworth

Publikationen

Gutachter- und Vortragstätigkeit im Beihilferecht, insbesondere zu tatbestandlichen Fragen sowie Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) sowie zu Umwelt-, Infrastruktur- und Seeverkehrsbeihilfen, u. a. Forschungsprojekte für UBA/BMUB „Rechtliche Untersuchung des Begriffs der umweltbezogenen Mehrkosten in den Umweltbeihilfeleitlinien“ und „EU-Beihilfepolitik – Analyse der Auswirkungen des neuen Beihilferechts unter besonderer Berücksichtigung des Instruments der Ex-post-Evaluierung“. Daneben auch Veröffentlichungen zum Regulierungsrecht sowie Umweltabgaben- und Finanzverfassungsrecht.

Sprachen

Deutsch, Englisch, Französisch